Abwägung im Rahmen der Beteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Mit Schreiben vom 05.07.2021 hat die Samtgemeinde Herzlake die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB um Abgabe einer Stellungnahme gebeten und über die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB unterrichtet.

1. Privater Einwender SPD-Samtgemeindeverband Herzlake Schreiben vom 28.07.2021

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben Anregungen vorgebracht

lfd. Nr.	Behörde / sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum
2	Landwirtschaftskammer Niedersachsen	26.08.2021
3	Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim	20.08.2021
4	Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH	20.08.2021
5	Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH	20.08.2021
6	Telekom	23.08.2021
7	Nord-West-Ölleitung GmbH	20.08.2021
8	Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems	05.08.2021
9	Bundeswehr	06.07.2021
10	EWE-Netz GmbH	22.07.2021
11	Handwerkskammer Osnabrück Emsland Grafschaft Bentheim	21.07.2021
12	Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverband 99 „Untere Hase“	29.07.2021
13	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie	06.08.2021
14	Landkreis Emsland	12.08.2021
15	Landkreis Osnabrück	16.07.2021
16	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	15.07.2021
17	Niedersächsisches Forstamt-Ankum	06.07.2021
18	PLE-Doc	27.07.2021
19	Samtgemeinde Artland	06.07.2021
20	Samtgemeinde Fürstenau	02.08.2021
21	Samtgemeinde Fürstenau – Gemeinde Berge	08.07.2021
22	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Emden	12.08.2021
23	Stadt Haselünne	07.07.2021
24	Stadt Lönningen	06.07.2021
25	Westnetz	06.07.2021

Stellungnahme gemäß § 4 Abs.2 BauGB	Abwägung
1. Privater Einwander – SPD Samtgemeindeverband Schreiben vom 28.07.2021	
<p>Es wird beantragt die: Begründung mit Umweltbericht zur 12a. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Herzlake – Landkreis Emsland wie folgt zu ändern:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Auf Seite 12, 5.2.2 Immissionen Verkehr, im ersten Absatz, den dritten Satz „Nach dem derzeitigen Planungsstand entfällt die Straßenanbindung – Haselünner Straße – zur Bundesstraße 213/E233.“ <u>zu streichen</u>. 2. Auf Seite 23, Immissionen aus dem Straßenverkehr, im ersten Absatz, den dritten Satz, wie o.a. zu Nr. 1 ebenfalls <u>zu streichen</u>. <p><u>Ergänzend</u> im zweiten Absatz mit neuem Satz „Nach dem erfolgten Ausbau der E 233 sind neue Lärmmessungen nach DIN 18005 durchzuführen.“ <u>Streiche den gesamten Text ab: „Besondere Lärmermittlung..... bis ... daher nicht erforderlich.“</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 3. Auf Seite 39, 9.4 <u>Anderweitige Planungsmöglichkeiten</u>, <u>ergänze mit neuem Satz</u> „Im Rahmen der weiteren Ausbauplanungen der E 233 sollen begleitend alternative Anbindungen an die E 233 geprüft werden, mit dem Ziel, eine Entlastung des Ortskerns Herzlakes zu erreichen.“ <p>Begründung:</p> <p>Mit der Streichung der Sätze in Bezug auf den Planungsstand und mit der Forderung von Prüfungen alternativen Anbindungen an die E233, unterstützt der Samtgemeinderat die Bevölkerung in dem Bestreben auf eine möglichst spürbare ,Verkehrsentlastung im Ortskern Herzlake.</p> <p>Das individuelle Recht der Kommune und der Bürger und Bürgerinnen auf Entschädigungsansprüche hinsichtlich des Immissionsschutzes kann nicht in Dokumenten der Bauleitplanung festgeschrieben werden.</p>	<p>An den Planungsstand gibt es keine Veränderungen. Auch in den aktuellen Planungen entfällt die Straßenanbindung der Haselünner Straße zu B213/E233.</p> <p>An den Planungsstand gibt es keine Veränderungen. Auch in den aktuellen Planungen entfällt die Straßenanbindung der Haselünner Straße zu B213/E233.</p> <p>Die Bewertung der Lärmimmissionen, resultierend aus den Ausbau der B213/E 233, erfolgt im Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der E233. Eine Verpflichtung zur Lärmmessungen im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung ist nicht erforderlich. Besondere Lärmermittlungen im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich. Eine Streichung der Textpassage ist nicht notwendig.</p> <p>Die Anderweitigen Planungsmöglichkeiten unter Pkt. 9.4 der Begründung beziehen sich auf die Planungen der Flächennutzungsplanänderung. Die Anbindung der E233 zur Entlastung des Ortskerns Herzlake ist Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens zum Ausbau der E233. Die aufgeführte Textpassage wird in der Begründung nicht übernommen.</p> <p>Die Verkehrsentlastung des Ortskerns Herzlake durch alternative Anbindungen an die E233 ist nicht Gegenstand dieser Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Entschädigungsansprüche hinsichtlich des Immissionsschutzes sind nicht Gegenstand dieser Flächennutzungsplanänderung.</p>

2. Landwirtschaftskammer Niedersachsen – Schreiben vom 26.08.2021

Mit Datum vom 24.08.2021 wurde Ihnen eine Datei mit der Bezeichnung 2021-08-05_F-Plan_Herzlake_Nr.12A (Ausweisung einer Wohnbaufläche)_WA_OT Herzlake-pdf – wir bitten diese Stellungnahme zu verwerfen.

Im Anhang übersenden wir die richtige Datei mit der Stellungnahme zum Flächennutzungsplan Nr. 12 A und zum Bebauungsplan Nr. 62.

Unter Beteiligung des Forstamtes Weser-Ems der Landwirtschaftskammer Niedersachsen in Osnabrück nehmen wir erneut zu der o. a. Planung aus landwirtschaftlicher und forstlicher Sicht wie folgt Stellung:

Landwirtschaft

Das o.g. Plangebiet mit der zukünftigen Nutzung als „allgemeines Wohngebiet“ zur Größe von 3,53 ha liegt innerhalb von Immissionsradien landwirtschaftlicher Betriebe.

Vorhandene Immissionen wurden durch ein Gutachten, erstellt von der Fides Immissionsschutz & Umweltgutachter GmbH vom 16.04.2021, beurteilt. Die relativen Geruchsstundenhäufigkeiten im westlichen Teil des Plangebietes liegen über dem Grenzwert für Wohngebiete von 10 % der Jahresstunden.

Im Gutachten entsprechen außerdem die berücksichtigten Tierbestände des Betriebes Beilmann (Anlage 1, Gutachten Fides) nicht den geplanten Tierzahlen der Unterlagen des letzten Genehmigungsverfahrens. Die zukünftigen Immissionen können somit nicht sachgerecht bewertet werden.

Aus landwirtschaftlicher Sicht bestehen somit weiterhin Bedenken gegen die Planung.

Forstwirtschaft

Aus Sicht des Forstamtes Weser-Ems bestehen gegen das o.g. Vorhaben keine Bedenken. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Zur Bewertung der Immissionen des Landwirtschaftlichen Betriebes wurde ein Geruchsgutachten erstellt und war den Unterlagen beigelegt.

Bei der Betrachtung der Bestandssituation wird der in der GIRL für Wohn- und Mischgebiete angegeben maßgebliche Immissionswert für die Gesamtbelastung an Geruchsimmissionen von 10% der Jahresstunden im westlichen Randbereich leicht überschritten. Für diesen Bereich können Übergangsbereiche festgelegt werden, in denen bei relativen Geruchsstundenhäufigkeiten zwischen 10 % und 15 % der Jahresstunden eine Wohnnutzung im Übergangsbereich zum Außenbereich als verträglich erachtet werden kann.

In der Anlage zum immissionsschutztechnischen Bericht Nr. G19118.1/02 werden die Ansätze zu den berücksichtigten Tierbeständen ausführlich erläutert.

In dem Gutachten ist mit diesen Werten die Berechnung durchgeführt worden. Für die geplante Erweiterung konnte keine Überschreitung der Geruchsstunden festgestellt werden. Hier tritt eine Verbesserung zur Bestandsituation ein (Einsatz von Filtertechnik).

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

3. Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim – Schreiben vom 20.08.2021

Die Industrie- und Handelskammer Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim trägt im Hinblick auf die o.g. Planung (Ausweisung von allgemeinen Wohngebietsflächen) keine grundsätzlichen Bedenken vor. Unsere Stellungnahme gilt für beide o. g. Aufstellungsverfahren.

Mit der Bauleitplanung wird ein allgemeines Wohngebiet zur maßvollen Siedlungserweiterung ausgewiesen. An das Plangebiet grenzt ein Gewässer, in dem das Unternehmen JOHANN BUNTE Bauunternehmung GmbH & Co. KG eine Sandabbaustelle betreibt. Für diese wurde am 02. Juli 2014 eine wasserrechtliche Planfeststellung mit Befristung bis zum 31. Dezember 2022 erteilt. Durch die Planung rücken Wohngebietsflächen an die Sandabbaustelle des Unternehmens heran. Der genehmigte Sandabbau des Unternehmens sollte nachträglich nicht mit Auflagen zum aktiven Immissionsschutz, Belastungen oder Nutzungseinschränkungen betriebswirtschaftlich belastet werden. Ein Nebeneinander von schutzbedürftigen und gewerblichen Nutzungen kann im Hinblick auf Schallemissionen zu Konflikten führen. Es ist sicher zu stellen, dass Maßnahmen und Festsetzungen zur Bewältigung von eventuellen Nutzungskonflikte durch Schallemissionen zwischen schutzbedürftigen Nutzungen und Gewerbenutzung getroffen werden, sodass diese gar nicht erst entstehen. Grundsätzlich sollen gewerbliche Nutzungen nicht mit Auflagen zum aktiven Immissionsschutz, Belastungen oder Nutzungseinschränkung betriebswirtschaftlich belastet werden. Dies lehnen wir im Sinne des Bestandschutzes und der gewerblichen Standortsicherung ab.

Sollte sich im weiteren Verfahren zeigen, dass sich für das Unternehmen durch das Wohngebiet Einschränkungen ergeben, ist die Planung anzupassen bzw. sind weitere Maßnahmen zu Lasten der im Bebauungsplan genannten Wohnnutzung festzulegen. Die Umsetzung der Planung sollte nur im Einvernehmen mit dem betroffenen Unternehmen erfolgen. Sollten uns weitere Anmerkungen zugehen, werden wir ergänzend vortragen.

Wir bitten Sie uns das Ergebnis der Abwägungsberatung in den Ratsgremien gem. § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mit.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Zur Sicherstellung der Immissionstechnischen Belange wurde ein Lärmgutachten erstellt und war den Unterlagen beigefügt. Die hier definierten notwendigen Auflagen werden umgesetzt.

Notwendige Maßnahmen und Festsetzungen werden in Absprache mit dem Betreiber der Sandabbaustätte durchgeführt.

Das Abwägungsergebnis wird der Industrie- und Handelskammer mitgeteilt.

4. Vodafone Kabel Deutschland – Schreiben vom 20.08.2021

Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 06.07.2021.

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5. Vodafone Kabel Deutschland – Schreiben vom 20.08.2021

Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 06.07.2021.

Eine Ausbauentcheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 06.07.2021 Verbindung.

Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH
Neubaugebiete KMU
Südwestpark 15
90449 Nürnberg

Neubaugebiete.de@vodafone.com

Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.

Weiterführende Dokumente:

- Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH
- Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH
- Zeichenerklärung Vodafone GmbH
- Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

6. Telekom – Schreiben vom 23.08.2021

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Zu der Planung haben wir bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung am 10.05.2021 Stellung genommen. Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter.

Stellungnahme der Telekom vom 10.05.2021:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKJG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Telekom wird die Voraussetzungen zur Errichtung eigener TK-Linien im Baugebiet prüfen. Je nach Ausgang dieser Prüfung wird die Telekom eine Ausbauentcheidung treffen. Vor diesem Hintergrund behält sich die Telekom vor, bei einem bereits bestehenden oder geplanten Ausbau einer TK-Infrastruktur durch einen anderen Anbieter auf die Errichtung eines eigenen Netzes zu verzichten.

Wir bitten Sie, in den Hinweisen des Bebauungsplanes folgende Forderung entsprechend § 77 Abs. 4 Telekommunikationsgesetz aufzunehmen:

Neu errichtete Gebäude, die über Anschlüsse für Endnutzer von Telekommunikationsdienstleistungen verfügen sollen, sind gebäudeintern bis zu den Netzabschlusspunkten mit hochgeschwindigkeits-fähigen passiven Netzinfrastrukturen (Leerrohre, § 3 Abs. 17b TKG) sowie einem Zugangspunkte zu diesen passiven gebäudeinternen Netzkomponenten auszustatten.

Wir bitten Sie, Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH so früh wie möglich, mindestens drei Monate vor Baubeginn, schriftlich anzuzeigen und bitten Sie, uns zu der Baubesprechung mit den Versorgungsbetrieben einzuladen.

Wir sind dann gerne bereit einen Mitarbeiter zu der Besprechung zu entsenden.

Bei Planungsänderungen bitten wir uns erneut zu beteiligen.

mailto:T-NL-N-PTI-12-Planungsanzeigen@telekom.de

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Die Telekom Deutschland GmbH wird im weiteren Verfahren beteiligt.

<p>Wir bedanken uns für die Benachrichtigung in o.a. Angelegenheit.</p> <p>Soweit aus den uns übersandten Unterlagen zu ersehen ist, werden unsere dort vorhandenen Mineralölferrleitungen und / oder weitere von uns überwachten Fernleitungen nicht berührt.</p> <p>Wir haben daher gegen das Vorhaben keine Bedenken.</p> <p>Kompensationsmaßnahmen dürfen nicht den Schutzstreifen berühren.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>8. Amt für regionale Landesentwicklung – Schreiben vom 05.08.2021</p>	
<p>Der vorgelegte Planentwurf überdeckt einen Flächenbereich, in dem zurzeit kein Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz anhängig ist.</p> <p>Gegen die Planung bestehen insgesamt aus Sicht des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems, Geschäftsstelle Meppen, keine Bedenken.</p> <p>Eine Begutachtung des o.g. Planentwurfes ist insoweit nicht erforderlich.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>9. Bundeswehr – Schreiben vom 06.07.2021</p>	
<p>Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr nicht berührt.</p> <p>Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.</p> <p>Evtl. Antworten / Rückfragen senden Sie bitte unter Verwendung unseres Zeichens K-II-1044-21-FNP ausschließlich an folgende Adresse:</p> <p>BAIUBwToeB@bundeswehr.org</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>10. EWE-Netz GmbH Schreiben vom 22.07.2021</p>	
<p>Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.</p> <p>Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und / oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m für die Erschließung mit Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen) sowie die Bereitstellung notwendiger Stationsstellplätze mit ein.

Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens / Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können – damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite:

[https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service\(leitungsplaene-abrufen\)](https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service(leitungsplaene-abrufen)).

Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Frau Wernicke unter der folgenden Rufnummer: 04471 – 7011-295.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Erschließung beachtet.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Soweit notwendig, wird die EWE im Rahmen der Erschließung informiert.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

11. Handwerkskammer Osnabrück - Emsland – Grafschaft Bentheim Schreiben vom 21.07.2021	
Gegen den o.g. Planungsentwurf bestehen aus handwerklicher Sicht keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
12. Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverband 99 „Untere Hase“ – Schreiben vom 29.07.2021	
<p>Seitens des Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverband 99 „Untere Hase“ bestehen gegen die o. g. Bauleitplanungen der Samtgemeinde Herzlake – Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 12 A – und der Gemeinde Herzlake – Bebauungsplan Nr. 62 „Busemühle – 4. Erweiterung – keine Bedenken.</p> <p>Sollten an Anlagen des Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverband 99 „Untere Hase“ nachweislich Erschwernisse, Beeinträchtigungen oder Schäden auftreten, wird der Verband diese nach seiner Satzung und den damit verbundenen Veranlagungsregeln sowie dem Wasserhaushalts- und dem Niedersächsischen Wassergesetz dem Antragsteller in Rechnung stellen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
13. Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie LBEG – Schreiben vom 06.08.2021	
<p>Anbei erhalten Sie unsere Stellungnahme vom 12.05.2021 (Az. TOEB.2021.04.00114) die inhaltlich auch für das u.s. Vorhaben nach wie vor gilt.</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:</p> <p>Boden</p> <p>Die Grundlage zur fachlichen Beurteilung des Schutzgutes Boden liefert in Deutschland das Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) und fokussiert dabei auf die Bewertung der Bodenfunktionen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen und der Archivfunktion vermeiden werden (vgl. § 1 BBodSchG). Mit Grund und Boden ist gemäß § 1 a BauGB sparsam und schonend umzugehen und flächenbeanspruchende Maßnahmen sollten diesem Grundsatz entsprechen (LROP 3.1.1, 04).</p> <p>Zur fachgerechten Berücksichtigung in der Planung sollte das Schutzgut Boden in dem zu erarbeitenden Umweltbericht entsprechend der Anlage 1 Baugesetzbuch (BauGB) ausführlich beschrieben und eine Bodenfunktionsbewertung entsprechend der im Bundes-Bodenschutzgesetz (vgl. § 2 BBodSchG) genannten Funktionen vorgenommen werden.</p>	<p>Die fachliche Beurteilung des Schutzgutes Boden erfolgte in der Begründung und im Umweltbericht.</p> <p>Die Beschreibung und Bewertung des Schutzgutes Boden erfolgte im Umweltbericht.</p>

Als Datenbasis zur Bearbeitung des Schutzgutes Boden empfehlen wir unsere Bodenkarte i. M. 1:50.000 (BK 50) und ihre Vielzahl an Auswertungskarten – u.a. zu Suchräumen für schutzwürdige Böden und zu Empfindlichkeiten der Böden. Sofern genauere Informationen zu den Böden im Gebiet vorliegen, sollten dies zusätzlich herangezogen werden.

In der Planungsphase lassen sich aus bodenschutzfachlicher Sicht mehrere Möglichkeiten der Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen des Schutzguts bedenken und – wenn möglich – in Ausschreibungen bzw. folgende Planungsstufen übernehmen.

Besonders schutzwürdige oder empfindliche Bereich sollten wenn möglich von einer Bebauung ausgenommen werden. Im Rahmen der Bautätigkeiten sollten einige DIN-Normen aktiv Anwendung finden (v.a. DIN 19639 Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben, DIN 18915 Vegetationstechnik im Landschaftsbau-Bodenarbeiten, DIN 19731 Verwertung von Bodenmaterial). Der Geobericht 28: „Bodenschutz beim Bauen“ des LBEG dient als Leitfaden zu diesem Thema.

Eine eingriffs- und funktionsbezogene Kompensation verbleibender Bodenfunktionsbeeinträchtigungen sollte durch geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenfunktionen durchgeführt werden (z.B. Entsiegelung, Renaturierung, Wiedervernässung). Dementsprechend empfehlen wir Bodenabtrag im Zuge dieser Maßnahmen zu vermeiden und Maßnahmen zu wählen, die den natürlichen Standortbedingungen entsprechen. Wir weisen in diesem Kontext auf die LBEG Veröffentlichung Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis hin.

Gashochdruckleitungen, Rohrfernleitungen

Durch das Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe dazu verlaufen erdverlegte Hochdruckleitungen. Bei diesen Leitungen ist je ein Schutzstreifen zu beachten. Der Schutzstreifen ist von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenbewuchs freizuhalten.

Bitte beteiligen Sie die in der folgenden Tabelle genannten Unternehmen direkt am Verfahren, damit ggf. erforderliche Abstimmungsmaßnahmen eingeleitet werden können.

Objektname	HD_PN70
Betreiber	EWE NETZ GmbH
Leitungstyp	Gashockdruckleitung
Leitungsstatus	betriebsbereit / in Betrieb

Die Bodenkarte wurde zur Bewertung herangezogen. Besonders schutzwürdige oder empfindliche Bereiche sind von der Planung nicht betroffen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Besonders schutzwürdige oder empfindliche Bereiche sind von der Planung nicht betroffen. Die aufgeführten DIN Normen werden im Rahmen der Bauausführung eingehalten.

Die Kompensation erfolgt über eine Maßnahme in einem Flächenpool. Hier erfolgt eine Aufwertung eines Nadelwaldgehölzes zu einem Laubforst.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die EWE Netz GmbH wird im weiteren Verfahren beteiligt.

<p>Hinweise</p> <p>Sofern im Zuge des o. g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen / -untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbaren Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
14. Landkreis Emsland – Schreiben vom 12.08.2021	
<p>Städtebau</p> <p>Unter Ziffer 5.1, 5. Absatz wird die Festsetzung eines „Sondergebietes“ genannt. Hier muss es heißen „einer Wohnbaufläche“.</p> <p>Unter Ziffer 5.2.3 der Begründung heißt es „Zur Herstellung des nördlich an das Plangebiet ...“. Hier muss es heißen „südlich an das Plangebiet“.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden in den Unterlagen berücksichtigt, die Textpassagen werden entsprechend geändert.</p>
15. Landkreis Osnabrück – Schreiben vom 16.07.2021	
<p>Ich bedanke mich für die Beteiligung an oben genannten Bauleitplanverfahren.- Seitens des Landkreises Osnabrück werden zu der Planung weder Anregungen noch Bedenken vorgetragen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

16. Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr – Schreiben vom 15.07.2021	
<p>Vorgesehen ist im Parallelverfahren die Änderung des Flächennutzungsplanes 12a und die Aufstellung des Bebauungsplan Nr. .62 „Busemühle, 4. Erweiterung“ der Gemeinde Herzlake. Die Plangebiete befinden sich ca. 300 m südlich der Bundesstraße 213 (E 233) und westlich der Gemeindestraße „Haselünner Straße“.</p> <p>Die verkehrliche Erschließung erfolgt über vorhandene Gemeindestraßen.</p> <p>In straßenbau- und verkehrlicher Hinsicht bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes grundsätzlich keine Bedenken.</p> <p>Mit dem im Bebauungsplanentwurf enthaltenen Hinweis 3.2 bezgl. der von der B 213 / E 233 ausgehenden Emissionen bin ich einverstanden.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
17. Niedersächsisches Forstamt Ankum – Schreiben vom 06.07.2021	
Aus forstlicher Sicht bestehen keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
18. PLE-doc – Schreiben vom 27.07.2021	
<p>Wir beziehen uns auf Ihre o. g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen • Kokereigasnetz Ruhr GmbH; Essen • Ferngas-Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg • Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen • Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen • Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co KG (NETG), Dortmund • Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen • GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen (hier Solotrassen in Zuständigkeit der Pledoc GmbH) <p>Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

<p>Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zu groben Übersicht.</p> <p>Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und beachtet.
19. Samtgemeinde Artland – Schreiben vom 06.07.2021	
<p>Gegen die o. g. Bauleitplanung bestehen seitens der Samtgemeinde Artland keine Bedenken und Anregungen. Von hier beabsichtigte bzw. bereits eingeleitete Planungen und sonstige Maßnahmen, die für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung des Gebietes bedeutsam sein könnten, bestehen nicht.</p> <p>Bei Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
20. Samtgemeinde Fürstenau – Schreiben vom 02.08.2021	
<p>Die o.g. Planungen (B-Plan Nr. 62, 4. Erweiterung und FNP-Änderung 12 A) habe ich zur Kenntnis genommen. Seitens der Samtgemeinde Fürstenau werden hierzu keine Anregungen vorgebracht.</p> <p>Für die Beteiligung möchte ich mich bedanken.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
21. Samtgemeinde Fürstenau – Gemeinde Berge – Schreiben vom 08.07.2021	
<p>Aus Sicht der Gemeinde Berge bestehen weder Anregungen noch Bedenken.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
22. Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Emden – Schreiben vom 12.08.2021	
<p>Von dem Entwurf habe ich Kenntnis genommen.</p> <p>Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen den Planentwurf keine grundsätzlichen Bedenken.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
23. Stadt Haselünne – Schreiben vom 07.07.2021	
<p>Von Ihrer E-Mail vom 06.07.2021 (Anschreiben vom 05.07.2021) habe ich Kenntnis genommen und teile Ihnen mit, dass Anregungen zur obigen Bauleitplanung meinerseits nicht vorzubringen sind.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

24. Stadt Lönigen – Schreiben vom 06.07.2021	
<p>Vielen Dank für die Beteiligung der Stadt Lönigen an Ihrem Bauleitplanverfahren.</p> <p>Seitens der Stadt Lönigen werden zum Entwurf der Flächennutzungsplanänderung Nr. 12 A und dem Bebauungsplan NR. 62 „Busemühle, 4. Erweiterung“ der Gemeinde Herzlake keine Anregungen vorgebracht.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
25. Westnetz GmbH – Schreiben vom 23.07.2021	
<p>Wir beziehen uns auf Ihre E-Mail vom 06.07.2021 und teilen Ihnen mit, dass wir die oben genannten Bebauungspläne so wie die oben genannten Bauleitplanverfahren in Bezug auf unsere Versorgungseinrichtungen durchgesehen haben.</p> <p>Gegen die Verwirklichung bestehen unsererseits keine Bedenken, da wir in diesem Bereich keine Versorgungseinrichtungen unterhalten.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>